Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1550 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 34. Mittwoch, 10. Februar 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Gewährter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Reichstagskundgebung gegen Mussolini.

Stresemanns Antwort.

BR. Es ist durchaus zu begrüßen, daß die Reichsregierung sich entschloß, so schnell auf die Anschuldigungen Mussolinis und auf die Beleidigungen, die er an die Adresse des deutschen Volkes richtete, zu antworten. Wir hätten es allerdings lieber gesehen, wenn das Forum, vor dem der verantwortliche Lenker der Außengeschicke des Reiches sprach, einen etwas imposanteren Anblick geboten hätte, als den, den wir heute im sehr schlecht gefüllten Sitzungssaal des Reichstages ersahen. Auch die Kundgebungen und Zwischenrufe, die die Worte Stresemanns begleiteten, waren sehr schwach und gaben in keiner Weise der großen, leidenschaftlichen Empörung Ausdruck, die Deutschland angesichts der Mussolini-Anwürfe ergriffen hat. Das lag wohl auch daran, daß die Rede Stresemanns wenig solche Momente bot, die zu einer solchen Kundgebung hätten Anlaß geben können.

Wenn wir die Rede des Reichsaußenministers in ihrem Wortlaut durchlesen, dann werden wir festzustellen haben, daß sie nicht die klare Antwort des deutschen Volkes ist, daß man sie eher als die offizielle Stellungnahme der Reichsregierung anzusprechen hat, die selbstverständlich an gewisse Schranken gebunden ist. Das deutsche Volk aber, das solchen Zwang nicht zu kennen braucht, hätte aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht. Es hätte sicherlich ganz andere Ausdrücke gefunden, die italienischen Unverschämtheiten von sich zu weisen. Dr. Stresemann zieht in seiner Antwort einen scharfen Strich zwischen der Haltung der Reichsregierung und zwischen der Empörungswelle, die durch das deutsche Volk geht. Nicht die Reichsregierung hat diese Leidenschaftlichkeit der deutschen Entrüstung künstlich aufgepeitscht, die Empörung ist aus dem Volke herausgewachsen, unmittelbar, ohne daß sie erst eines künstlichen Ansporns bedurfte. Aber diese tiefe deutsche Erbitterung ist Tatsache. Dr. Stresemann stellte dies ausdrücklich fest. Und er deckte auch schonungslos die Ursachen auf, die diese Empörung gezeitigt hatten. Sie entstand nur aus den rigorosen Maßnahmen der italienischen Unterdrückungspolitik in Südtirol, sie ist elementar ausgebrochen, als die ersten Nachrichten über das Martyrium der deutschen Landesbrüder ins Reich drangen. Sorgsam hat der Reichsaußenminister in seiner Rede all die Versprechungen aufgezählt, die damals, als die Einverleibung Südtirols in Italien Wirklichkeit wurde, von verantwortlicher italienischer Seite über die Behandlung der deutschen Minderheiten gegeben wurden. Kultur, deutsche Sitte, deutsche Sprache und die deutschen Schulen sollten Gegenstand wohlwollenden Entgegenkommens der neuen Landesregierung sein. Das stellte damals ausdrücklich der italienische Außenminister in der Kammer fest, das betonte klar und deutlich der italienische Kommandeur der in Südtirol eingerückten Truppen, das versprach eine Botschaft des italienischen Königs, in der er die deutschen Minderheiten seines Wohlwollens versicherte. Was ist aus all diesen Versprechungen geworden? Mussolini wird wohl kaum die Maßnahmen leugnen wollen, die seine Behörden in Südtirol anzuwenden beliebten, um die von ihm, wie er in seiner letzten Rede auch ausdrücklich betonte, gewünschte Italianisierung des neuen Gebietes verwirklichen sollten. Der wirkliche Tatbestand, der diese neue Spannung zwischen Deutschland und Italien hervorrief, ist so durch die Rede Stresemanns wieder ins richtige Licht gesetzt worden. So schonend für italienische Empfindlichkeit auch die Worte des deutschen Außenministers waren, so klar ließen sie doch die innere Wahrheit, die aus der Angelegenheit spricht, erkennen. Es war selbstverständlich, daß die Reichsregierung in ihrer Antwort den Zusammenhang zwischen dem von der großen Oeffentlichkeit des Volkes gewünschten Boykott Italiens und der offiziellen Einstellung der deutschen Regierung zu dieser Frage abtat. Ebenso selbstverständlich war es für sie, daß sie sich außer Stande erklärte, dem deutschen Volke und seinem Sprachrohr, der deutschen Presse in der Behandlung dieser Dinge Fesseln anzulegen, wie dies eine Mussolinische Regierung vielleicht hätte tun können.

Im ganzen genommen stellt so die Antwort Stresemanns eine würdige Entgegnung dar, die umso würdiger klingt, wenn man die Hetzpöbeleien eines Mussolini ihr entgegensetzt. Wir sind überzeugt, die Rede wird ihre Wirkung tun. Sie wird in ihrer klaren Aufzählung der wahren Tatsachen, in ihrer Logik die Welt besser über das tiefe Unrecht, das dem deutschen Volkstum durch eine veraltete Machtpolitik angetan wird, belehren, als Phrasen und die kräftigsten Redewendungen es hätten bewerkstelligen können. Ob die Rede allerdings in das italienische Volk hineindringen wird, es aufklären wird über das traurige Spiel, das seine Regierung mit ihm treibt, darüber kann man große Zweifel hegen. Mussolinis scharfe Zensur der Presse ist bekannt. Sie wird auch jetzt nicht davor zurückschrecken, den Wortlaut der deutschen Regierungserklärung dem Volke zu verbergen oder ihn so zu verstümmeln, daß er die Spannung zwischen den beiden Völkern zuspitzen dürfte. In seiner Rede hat Stresemann erklärt, daß die Reichsregierung trotz des italienischen Vorfalls und vielleicht gerade deswegen sich so rasch bereit gefunden habe, das Aufnahmegesuch in den Völkerbund heute abzusenden. Wir wollen ob dieser Ansicht mit der Reichsregierung nicht rechten. Was wir aber jetzt zum mindesten verlangen müssen, das ist eine scharfe, unzweideutige Sprache unserer deutschen Völkerbundsvertreter in Genf. Eine Sprache, die schonungslos all das Ungerechte bloßlegt, das deutsche Minderheiten in fremden Landen erdulden müssen. Sind sie auch kraft eines Machtspruches aus dem Reichsgebiet herausgenommen, ihr Deutschtum ist unser gemeinsames Gut, ihr Blut ist unser Blut, ihre Sprache ist unsere Sprache. Gegen Gewalten zu protestieren, die ihre Vernichtung erstreben, dieses Recht kann uns nichts nehmen, auch nicht die Herren, die sich jetzt als die Regierenden der Welt bezeichnen.

Die Rede Stresemanns.

(Fortsetzung.)

vdz. Berlin, 9. Februar.

Dr. Stresemann weist darauf hin, daß die faschistische Regierung Italiens die **Italienisierung Südtirols** als Programm aufgestellt habe. Die deutsche Oeffentlichkeit hat dagegen leidenschaftlich Stellung genommen. Die deutsche Regierung hat ihrerseits nur insoweit eingegriffen, als sie die Presse vor Uebertreibungen gewarnt und auf die schädlichen Folgen solcher Uebertreibungen hingewiesen.

Herr Mussolini sucht nun den Eindruck zu erwecken, als wenn Deutschland diese Bewegung entfacht hätte, als wenn das Signal dazu von der Regierung gegeben worden wäre. Der Minister erinnert daran, daß Italien bei den Locarno-Verhandlungen versuchte, alle Sicherheiten für die Brennergrenze durch internationale Abmachungen zu erreichen. Auch an Deutschland wurde die Frage gerichtet, wie Deutschland sich dazu stellen würde. **Ueber die Brennergrenze aber hat Oesterreich zu entscheiden.** Wir haben nur ein Interesse daran, zu verhindern, daß der Vereinigung des Deutschtums unübersteigliche Schwierigkeiten bereitet werden. Wir haben es abgelehnt, die Bestimmungen, die sich auf die Idee des Westpaktes gründeten, auf irgendwelche anderen Grenzen zu übertragen. Wir achten das Selbstbestimmungsrecht der Völker und haben nur den Wunsch, daß unseren und Oesterreichs Wünschen, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhen, nicht in die Ewigkeit hinein die Hindernisse entgegengesetzt werden, die wir seit 1919 erfahren haben. Wir können uns auch nicht der Meinung anschließen, daß es zweierlei Grenzen in Europa gibt: solche, die vertraglich garantiert, und solche, die labil sind. **Das, was hier der deutschen Politik an Expansionsbestrebungen unterstellt wird, ist vollkommener Unsinn.**

Die deutsche Oeffentlichkeit hat in den letzten Jahren Italien große Sympathien entgegengebracht. Das hat sich geändert, als die Nachrichten über die Unterdrückung der deutschen Bevölkerung Südtirols sich immer mehr verstärkten. Mussolini meint, diese veränderte Haltung der deutschen Presse sei auf einen Befehl der deutschen Regierung zurückzuführen. Er vergißt, daß man in Berlin nicht wie in Rom die Freiheit der Presse willkürlich beschränken kann. Wir können und wir würden auch der deutschen Presse nicht verbieten, Sympathie zu empfinden und einzutreten für ein Land und Volk, das seit vielen Jahrhunderten deutsch gewesen ist und der deutschen Kulturgemeinschaft weiter angehört. Wenn aus der Unterdrückung eines Volkes die Gefahr einer Störung des Friedens entsteht, so ist der Appell an den Völkerbund gegeben. (Lachen rechts und bei den Kommunisten.)

Das Reichskabinett hat gestern den **Eintritt in den Völkerbund beschlossen** und ist darin bestärkt worden durch die **Rede Mussolinis.** Diese Rede fordert nicht nur die **Entdeutschung Südtirols,** sondern sie ist **in der ganzen Welt als eine Kriegsdrohung gegen Deutschland und Oesterreich** aufgefaßt worden (Hört! hört!). **Derartige Drohungen sind mit dem Geist des Völkerbundes unvereinbar.** Unvereinbar mit diesem Geiste ist auch die Ueberheblichkeit und Maßlosigkeit der Ausführungen Mussolinis, die kein Ausdruck innerer Kraft zu sein brauchen.

Dr. Stresemann wendet sich dann zu den Ausführungen Mussolinis über **Walter von der Vogelweide.** Mussolini habe diesen Mann völlig verkannt. Das Deutschtum Walters von der Vogelweide sei ein Zeugnis dafür, daß **Bozen innerhalb der deutschen Kulturgemeinschaft liege** (Lebh. Beifall). Mussolini habe mit Unrecht den deutschen Touristen Mißbrauch der italienischen Gastfreundschaft vorgeworfen.

Wenn die Zahl der deutschen Touristen in Italien vielleicht zurückgeht so ist das eine Folge der Rede Mussolinis. Herr **Held in München** habe sich keineswegs geäußert, wie Mussolini zitiert habe. Wünschenswert erscheine es allerdings, daß auswärtige Politik nur von den Reichsstellen gemacht werde. Verantwortlich sei jedenfalls nur die Reichsregierung. (Zustimmung.)

Es sei kein Zeichen großer Kraft, wenn man die Minderheit in Südtirol vergewaltigen wolle. Mussolini hat davon gesprochen, die **Trikolore über den Brenner** hinauszutragen. Handlungen der deutschen Regierung kommen dabei nicht in Frage. Wenn er Auslassungen der deutschen Presse meinen sollte, so ist festzustellen, daß Deutschland nicht die Absicht hat, die Pressefreiheit anzutasten. **Das Recht Deutschlands, mit seinen deutschen Blutsbrüdern zu fühlen, ist ein Naturrecht, das wir uns von niemandem nehmen lassen.** (Lebh. Beifall.) Ein Einschreiten dagegen lehnt die Reichsregierung ab.

Die Rede Mussolinis widerspricht dem Geiste des Völkerbundes. Ihre Tendenz zwingt Deutschland zum Zusammenschluß mit denjenigen Nationen, deren Politik gegen eine Bedrohung Europas gerichtet ist. Der Tendenz der Rede muß im Völkerbunde entgegengetreten werden.

Der Minister schließt: Das deutsche Volk will auch mit dem italienischen wie mit anderen Völkern im Frieden leben, aber dazu gehöre die Selbstachtung. Aeußere Machtlosigkeit ist nicht gleichbedeutend mit dem Verlust der inneren Kraft, wenn sie sich auf das eigene nationale Gefühl verläßt. (Lebh. Beifall.)

Abg. **Dr. Scholz** (DVp.) gibt **im Namen der Regierungsparteien eine Erklärung** ab, in der die **Beleidigungen und Drohungen Mussolinis als eine Rückkehr zur Politik der Gewalt zurückgewiesen** werden. Sie seien geeignet, den Frieden Europas zu bedrohen. Weder die deutsche Regierung noch irgendwelche verantwortlichen Stellen haben eine Parole gegen Italien ausgegeben. Wenn in der Presse gegen die Unterdrückung der Minderheit in Südtirol Protest erhoben sei, so komme ein Einschreiten dagegen nicht in Frage, da keine rechtswidrige Handlung vorliege. Gegen das Unrecht in Südtirol müsse vor aller Welt lauter Einspruch erhoben werden. In der Beurteilung dieser Vorgänge weiß sich das deutsche Volk einig mit den gerecht Denkenden aller Nationen. Der Redner schließt mit einer Sympathieerklärung für den deutschen Stamm in Südtirol, der seine Pflichten gegen den italienischen Staat voll erfüllt habe. (Lebh. Beifall.)

Abg. **Stampfer** (Soz.) nennt als Ausgangspunkt des Konflikts die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten. Sachlich sei gegen diese Rede nichts einzuwenden, es sei aber bedenklich, wenn in einzelnen Ländern auswärtige Politik gemacht würde. Die Bedrückungsmethode in Südtirol sei nur zu verstehen als ein Teil des Systems des Faschismus. Wie solle denn Südtirol atmen können in einer Atmosphäre, in der ganz Italien erstickt? Wie solle Mussolini den wenigen Deutschen seines Landes Freiheit angedeihen lassen, wenn er sie den 42 Millionen Italienern verweigere? In Italien grassiere der politische Mord. Mussolinis Regierungsmethode sei nur Barbarei, wie könne er da von den Deutschen als von Barbaren sprechen? Der Redner sendet einen Gruß den italienischen Arbeitern. Mussolini war früher Sozialist. Wenn die Nationalisten einen Führer brauchen, dann müssen sie immer darauf warten, daß ein Sozialist verrückt wird. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Dr. Spahn** (Zn.) **protestiert gegen den unmenschlichen Terror, den italienische Behörden und Faschistenverbände in Südtirol ausüben.** Mussolini habe kein Recht, an die alten Römer zu erinnern, denn diese hätten Kultur, Sprache und Sitten der anderen Völker geschont. Dem bayerischen Ministerpräsidenten Held könne man es nicht verargen, wenn er sich der unterdrückten Südtiroler angenommen habe. Er habe nur eine nationale Pflicht wahrgenommen. Mussolini habe sich früher ebenfalls anders geäußert, als er sagte, Italien habe nun seine festen Grenzen, die mit wenig Truppen geschützt werden könnten. Er versprach ausdrücklich, daß keine Entnationalisierungspolitik getrieben werden solle. Die liege, so erklärte er, nicht im italienischen Temperament. Am Sonnabend hat er gezeigt, daß er ein ganz anderes Temperament hat. Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß der Zwischenfall die Gesamtstimmung zwischen Deutschland und Italien nicht verschlechtern werde. Die Südtiroler aber würden allen Verfolgungen zum Trotz ihr Deutschtum immer bewahren (Lebh. Beif).

Abg. **Stöcker** (Komm.) protestiert ebenfalls gegen die Unterdrückung der Südtiroler. Sie zeige, daß der ganze Völkerbund Schwindel und fauler Zauber sei.

Abg. **Hampe** (Wirtsch. Vereinigg.) begrüßt die Erklärungen des Außenministers. Seine Partei wisse sich einig mit den anderen Parteien in der scharfen Verurteilung der taktlosen und unberechtigten Ausführungen Mussolinis, die nicht den Geist von Locarno atmen, sondern den von Versailles.

Abg. **Graf zu Reventlow** (Völk.) weist die Rede Mussolinis als unwürdig und verächtlich zurück und dankt dem bayrischen Ministerpräsidenten Held für seine vaterländischen Ausführungen.

Damit schließt die Aussprache.

Präsident Loebe faßt ihr Ergebnis in folgende Worte zusammen, denen sich die Reichstagsparteien mit Ausnahme der Kommunisten anschließen:

Der Reichstag wehrt die sachlich ungerechtfertigten Angriffe und Ausfälle Mussolinis mit Nachdruck zurück. In der ganzen Welt gilt die rechtliche Auffassung, daß das Schicksal stammverwandter Minderheiten von einer Muttternation mit aller Anteilnahme verfolgt und ihr Ringen um das eigene Volkstum unterstützt wird. Obwohl das deutsche Volk nichts anderes wünscht, als im friedlichen Zusammenwirken mit den anderen Völkern seinem eigenen Aufbau zu dienen, wird es sich doch nicht davon abhalten lassen, für die deutschen Minderheiten unter fremder Staatshoheit eine gerechte Behandlung zu beanspruchen. (Lebh. Beifall.) Dieses Recht werden wir uns am allerwenigsten durch beleidigende Angriffe und sinnlose Drohungen beschränken lassen. (Lebh. Beifall.)

Damit waren die Interpellationen erledigt.

Fortsetzung des Berichts in der 1. Beilage.